

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

Ercheint jeden Freitag nachmittags * Bezugspreis halbjährlich frei ins Haus 1 Mark monatlich 2 Mark; auch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Der kommunistische Genossenschaftler“, „Die Kommunisten“, sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern“ * Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-2, Bürgerschanne 2, 1. Stockwerk; 17 259. * Redaktion: Dresden-2, Bürgerschanne 2, 1. Stockwerk; werktags von 8 bis 6 Uhr. Sonntags von 9 bis 6 Uhr * Postfach Nr. 15 518 Dresden, Carl Schlegel * Anzeigenpreis: 30 Groschen für die normal gefaltete Zeile für 10 Tage; 20 Groschen für die Familienanzeigen, 30 Groschen für die Anzeigen für die Familienanzeigen, 30 Groschen für die Anzeigen für die Familienanzeigen

1. Jahrgang. **Donnerstag, 9. April 1925** Nummer 8

Die Arbeiter wählen Thälmann!

Der Bankrott der linken Sozialdemokraten Hindenburg Kandidat des Rechtsblocks

Berlin, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsblock hat am Mittwoch vermittelnd über die Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl entschieden. Er hat den Generalfeldmarschall des verlorenen Weltkrieges als Reichskandidaten für das nationale Deutschland angesetzt. Generalfeldmarschall Hindenburg hat die Kandidatur angenommen. Die Banische Volkspartei, die Deutschhannoveraner, die Wirtschaftspartei und der Banische Bauernbund haben sich dem Reichsblock angeschlossen.

Die Aufstellung des Kandidaten Hindenburg bedeutet, wie wir an anderer Stelle zeigen, keineswegs eine Zettlung der Positionen des Reichsblocks. Sie bedeutet vielmehr ein Mandat, um schon jetzt die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu der deutschnationalen Schwerindustrie herzustellen. Die Sozialdemokraten sind durch die zugesicherten Posten in der neuen Marxrepublik gebunden worden. Sie werden ihre Politik des Verrats weiter führen, wie sie unter Ebert geführt haben.

Ein „Erfolg“ der Sozialdemokratie.

Die Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten Hindenburg zeigt der deutschen Arbeiterklasse die Frechheit, mit der die Monarchisten und Faschisten es wagen, die deutschen Arbeiter zu verhöhnen. Die Politik dieser Frechheit wurde den Faschisten von den Sozialdemokraten vorbereitet. Die Faschisten hätten es nicht wagen können, den Reichsblock des verlorenen Krieges aufzulösen, wenn nicht die Sozialdemokraten, die Politik Eberts die Macht der Kaiserlichen und Monarchisten immer mehr vergrößert hätte. Während des Krieges sagte Thälmann: „Ich gebe zu Hindenburg!“ Die sozialdemokratischen Führer haben während des Krieges die kaiserlichen Generale unterstützt in treuer Zusammenarbeit die Meinungen der Arbeiter abgewürgt. Nach dem Kriege ließ Ebert die Arbeiter niederdrücken. Die monarchistischen Widerstände hatten freie Bahn.

Hindenburg und Marx vertreten ein Ziel, die Diktatur des Kapitals. Der Kandidat der Arbeiter ist der Kommunist

Thälmann!

Die „Linken“ Sozialdemokraten für Marx

Noch vor wenigen Tagen führten die Zeitungen der sogenannten „Linken“ Sozialdemokraten einen Kampf gegen Marx. Die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb: „Als Marx Kanzler war, herrschte neben ihm Jarres als Innenminister, und beide schlugen zu dem Verfassungsbruch in Bayern.“ Die „Leipziger Volkszeitung“ erklärt, daß Marx für die Konfessionsfrage sei. Marx und Jarres verlohnen die Schule nach gleichem Rezept und in gleicher Absicht. Der Sächsischer Lehrerverein hat sich erst am 7. d. M. sehr scharf gegen die Kulturpolitik des Zentrums gewendet und gegen das bayrische Konkordat scharf Stellung genommen.

Jetzt veröffentlicht der Landesarbeitsausschuss der Sozialdemokratischen Partei Sachsens einen Aufruf, in dem es heißt: „Parteiausschuss, Parteiaussschuss und Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei beschließen mit Mehrheit, einer Sammelkandidatur zuzustimmen... Wir empfehlen unseren Parteigenossen in Sachsen, unbedingt Parteidisziplin zu halten und am 26. April ihr Wahlrecht auszuüben... Der fortschreitende Gesundungsprozess der deutschen Arbeiterklasse darf nicht unterbrochen werden durch eine Vermehrung der kommunistischen Stimmen... Erfüllt eure Pflicht!“

Wir haben zu der politischen Seite dieses Aufrufs schon an anderer Stelle Kritik genommen. Die „Dresdner Volkszeitung“ bringt diesen Aufruf in Fettdruck auf der Mitte der ersten Seite, die „Leipziger Volkszeitung“ ebenfalls verächtlich in kleinem Druck in einer Ecke. Die „Linken“ Sozialdemokraten sagen den Arbeitern Sachsens, die Wahl des Kanzlers der Ruhrindustriellen, des Kanzlers des Kampfes gegen den Verfassungsbruch und die Arbeiterrechte sei ein Gesundungsprozess der deutschen Arbeiterklasse.

Sie kämpfen nur gegen die Kommunisten. Gebt den „Linken“ Sozialdemokraten den Zutritt! Wendet euch ab von den verächtlichen Gesellen! Gebt mit den Kommunisten!

Die Einheits-Gewerkschaft

Fortschreitende Verhandlungen in England. WLB, London, 8. April. Am Schluß der heutigen Verhandlung der Konferenz zwischen den Vertretern der britischen und der russischen Gewerkschaften wurde eine offizielle Mitteilung ausgeben, nach der in den Grundlagen in allen wesentlichen Punkten eine weitgehende Übereinstimmung erzielt worden ist. Die gemeinsamen Vorschläge, die den Generalstreik der russischen und der britischen Gewerkschaftsorganisationen unterbreitet werden sollen, würden die Einheit unter den im Gegensatz befindlichen Gruppen in allen Ländern fördern und einen Grad internationaler Einheit zeitigen, wie er bisher nicht bekannt habe. Die gemeinsamen Vorschläge über die Schwierigkeiten, die bisher die russische Gewerkschaftsbewegung verhinderten, dem Internationalen Gewerkschaftsbund beizutreten würden ebenfalls dazu beitragen, alle Schranken zu beseitigen und eine geschlossene internationale Bewegung zu ermöglichen.

Sadoul freigesprochen!

Paris, 8. April. (Eigene Drahtmeldung.) Am 7. Verhandlungstage des Prozesses gegen Sadoul vor dem Kriegsgericht in Orleans hatte, wie wir schon kurz mitteilten, der Vertreter der Anklage eine Verurteilung Sadouls verlangt. Das Gericht war dem Gericht überlassen worden. Das Kriegsgericht in Orleans hat nachmittags gegen 4 Uhr den Hauptmann Sadoul mit 4 neuen 8 Stimmen freigesprochen. Wie unsere Genossen wissen, war Sadoul vorher in Abwesenheit während der Zeit, wo er sich in Rußland aufhielt, zum Tode verurteilt worden.

Sadoul hatte damals die französischen Soldaten und Matrosen von der Befreiung der russischen Küste abgehalten und war mit zu den Bolschewiki übergetreten.

Der Patriarch Tichon gestorben

Der Patriarch der russischen orthodoxen Kirche Tichon, ist nach einer Weidung der Kofa gestorben. Tichon ist der kommunistischen Partei und Wärderschaft durch den Konflikt, den er mit der Sowjetregierung hatte, bekannt geworden. Tichon verließ nach, die russische orthodoxe Kirche zu konterrevolutionären Zwecken in Rußland zu benutzen. Die Sowjetmacht legte dem konterrevolutionären Oberhaupt der Pfaffen das Handwerk und sperrte ihn ein. Nach einiger Zeit der Haft kam es zwischen Tichon und der Sowjetregierung zu einer Verständigung. Der Patriarch hatte nachher nur noch wenig Einfluß auf die Kirche in Rußland.

Trauerkundgebung für die Opfer des Bergkapitals

8. April. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern wurden in Aachen bei 12 Opfer des Massenunglücks auf der Zeche Minister Stein beerdigt. Die Trauerfeier fand auf dem Zentralfriedhof statt. Herr Stinnes war persönlich erschienen. Revolutionäre Organisationen hielten Demonstrationen mit roten Fahnen und roten Kränzen anläßlich. Nach dem Massen sprach Landtagsabgeordneter Schützert am Grabe. Seine Rede war ein Verweisnis zur revolutionären Sammlung des Ruhrproletariats, gegen die Ausbeutungsmethoden des Stinnes-Kapitals.

Bauarbeiterstreik an der Wasserfront

Hamburg, 9. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wegen Lohnunterschieden sind die Bauarbeiter in den Bezirken Groß-Hamburg, Cuxhaven und Lübeck in den Streik getreten, abgesehen der Schiedsgericht, der 12 Pfennig Lohnerhöhung verweigert, vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden ist.

Neues von der Reichsbahngesellschaft

Wie die Reichsbahngesellschaft den aus den für verbindlich erklärten Schiedsgericht ihr ausbleibenden Pflichten nachkommt, und wozu sie Geld übrig hat, ergibt sich daraus, daß sie jetzt damit umgeht, den Eisenbahnern, die am Streik nicht teilgenommen haben, je 30 Mark „Belohnung“ zu bewilligen. Es bedarf keiner Erwähnung, daß dies einen trüben Verstoß darstellt. Die Bahnverwaltung ist nach dem Schiedsgericht der Gesellschaft hat — menschenmörderischen die Reformen ihr Einverständnis auf diese Weise — verpflichtet, die Streikenden wieder einzustellen und nicht zu mehrfachen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Streikenden nicht schlechter gestellt werden dürfen, als die Streikbrecher.

Über was macht so etwas der Reichsbahn?

Sie weiß, daß ihr Ausbeutungssystem einen Teil ihrer Arbeiter zu beranzigen Ausschleusen gemacht hat, daß ihr die 30 Mark nicht nur die Höhe geworben werden, sondern daß die „pfaffen“ Empfänger schweißesweiß noch die Hand lassen werden, die sie in solcher entsetzlicher Weise behandelt. **Tut Teufel über eine derartige Leistung!** **Tut Teufel über solche Arbeiterlumpen!** **Ihr aber, ihr ehrlichen Arbeiter, meidet jeden Verkehr mit solchem „Reichsbahnen!“** **Auch die größte Not ist für diese Handlungsweise keine Entschuldigung.**

Wo müssen wir die Arbeit beginnen?

Zum zweiten Wahlgang der Wahlen zur Reichspräsidentenschaft liegen jetzt die einzelnen Gruppierungen der Parteien klar vor uns. Die Kandidatur des schwarz-rot-gelben Blocks, die Kandidatur des Zentrumsmanne Marx wird auch gestützt, wie das nicht anders zu erwarten und von uns vorausgesetzt worden war, von den „Linken“ Sozialdemokraten. Diese „Linken“, die noch zum ersten Wahlgang erklärten, daß Marx zwar einige laßungsvolle Phrasen mache, aber im übrigen wie Jarres handeln würde, haben jetzt in der „Dresdner Volkszeitung“ einen Aufruf herausgegeben, in dem sie ihre Anhänger in der SPD, Sachsens zum unbedingten Eintreten für die Wahl von Marx auffordern. Der Aufruf des „Linken“ sozialdemokratischen Landesaussschusses Sachsens wendet sich ausschließlich gegen die Kommunistische Partei. Die Argl. Liebmann, Wenke und Genossen, diese unentwegten radikalen Schreier und Freidenker, fordern von der sächsischen Arbeiterklasse die Abgabe ihrer Stimme für den Kanzler der Schwerindustrie. Diese Aufforderung der „Linken“ Sozialdemokraten an die sächsische Arbeiterklasse bedeutet die vollständigste rechte Erledigung der linken Phrasen, einen glatten Sieg der Rechten. Noch im Wahlgang sind die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter eine Illusion herab zu werden. Das Verhalten der „Linken“, das der Bezirksparteitag Ostschlesiens der SPD, den Arbeitern vorausgesetzt hatte, zeigt auch dem letzten Arbeiter, daß er von den linken Manuskripten nichts zu erwarten hat. Die Front gegen das Proletariat zeigt sich in diesem Zusammenhang klar und offen. Von Argl bis Beutler, aber im Reichsmahltabe von Braun bis Hindenburg.

Im anderen Lager sind die Verhältnisse nicht ganz so klar. Der Reichsblock hat die Kandidatur Jarres fallen lassen und die Kandidatur Hindenburg beschließen. Dieser Beschluß zeigt die Gegenläge im Lager der deutschen Bourgeoisie, die Differenzen zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Die Aufstellung Hindenburgs geschieht auf Betreiben der Deutschnationalen mit der Absicht der nationalsozialistischen Demonstration, der festeren Bindung der Faschisten. Gleichzeitig enthält die Aufstellung Hindenburgs die Absichten der Deutschen Volkspartei und der übrigen Parteien der schwarz-rot-goldenen Republik. Hindenburg ist nur eine Konzeption an die Stimmungen nationalsozialistisch aufgepeitschter Kleinbürger und Bauern. Die Kandidatur heißt keineswegs die Aussicht auf Erfolg. Sie wird noch viel weniger zugünstig sein, als wie die Kandidatur Jarres. Aber gerade darin liegt die Bedeutung der Aufstellung Hindenburgs zum Präsidentschaftskandidaten. Es ist die Schaffung des einheitslosen Blocks von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, aus deren gemeinsamer Kanzler Marx aufgestellt ist und dem dadurch, daß man ihm den von seinem Menschen politisch ernst zu nehmenden Hindenburg gegenüberstellt, die meisten Stimmen im Wahlgang zugeschanzt werden. Die Aufstellung dieses Reichsblock-Kandidaten bedeutet zwar die ideologische Verhäufung der Kämpfe gegen die sogenannte monarchistische Gefahr.

In Wirklichkeit gibt es, zu zeigen, was ist. Die Gemeinsamkeit der gesamten arbeitenden Parteien und die immer wieder besagte Festsstellung, daß es für die deutsche Arbeiterklasse nicht geht um demokratische oder monarchistische Republik, sondern um die Macht des Kapitalismus oder die Herrschaft der Arbeiterklasse.

Die Monarchie ist eine Staatsform, die noch lange nicht bejagt, daß sie den höchsten Grad der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse verbürgt, und daß die Republik ohne weiteres eine freierlichere Gestaltung der Verhältnisse der Arbeiter mit sich bringe. Die monarchistische Staatsform wird und wurde an verschiedenen Stellen der Welt durch verschiedene Formen, aber anfangs durch die gleichen Motive, abgelöst. In Frankreich ging die monarchistische Staatsform in der großen bürgerlichen Republik zugrunde. In England schaffte die Revolution des Bürgertums die konstitutionelle Monarchie. In einer Reihe anderer Staaten wurde die Herrschaft der Fürsten und Könige abgelöst durch eine republikanische Staatsform. Aber die Motive dieser Ablösung waren immer die, daß die monarchistische Form den erweiterten Ausbeutungsbestrebungen der kapitalistischen Schranken entgegenetzte, die von den Kapitalisten befestigt werden mußte. So bedeutet praktisch die Schaffung der republikanischen Formen eine verstärkte und verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Klassen, wenn die Macht in den Republiken in den Händen der Kapitalisten verbleibt. Nur dann, wenn, wie in Rußland, die Arbeiter über die bürgerlich-kapitalistische Staatsform hinaus zur Eroberung der Macht übergehen, eine republikanische Staatsform schaffen, in der die praktische Ausübung der Macht und die tatsächlichen wirtschaftlichen Bestimmen in den Händen der Arbeiterklasse liegen, hat die republikanische Staatsform für das Proletariat Wert